

BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
4. Juli 2023

Berichtszeitraum: 1.6.2023 bis 3.7.2023

Inhalt:

- Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine und Sanktionen gegen Russland
- EU-Kommission schlägt neue Lateinamerika-Strategie vor
- EU und Kenia: Abschluss eines ehrgeizigen Wirtschaftspartnerschaftsabkommens
- Zweites hochrangiges Treffen EU-Zentralasien
- EU richtet siebte Syrien-Konferenz in Brüssel aus
- Partnerschaftspaket mit Tunesien
- EU-Außenbeauftragter in Ägypten
- Kurzmeldungen

Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine und Sanktionen gegen Russland

Auf der [internationalen Geberkonferenz](#) zum Wiederaufbau der Ukraine, die am 21. und 22. Juni 2023 mit Regierungsvertretern, Investoren und Unternehmern aus 61 Ländern in London stattfand, stellte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen europäische Finanzhilfen in Höhe von 50 Mrd. EUR im Zeitraum 2024–2027 in Aussicht. Dafür soll laut Kommissionsvorschlag eine neue „Ukraine-Fazilität“ geschaffen werden, zu deren Finanzierung möglicherweise auch eingefrorenes russisches Vermögen herangezogen werden kann. Sie ergänzt die vom Ministerrat am 26. Juni beschlossene Aufstockung der Europäischen Friedensfazilität auf 3,5 Mrd. EUR.

Gleichzeitig verwies von der Leyen auf Fortschritte der Ukraine bei der Umsetzung zum EU-Beitritt nötiger Reformen in den Bereichen Verfassungsänderung, Anti-Korruption und Anti-Geldwäsche sowie auf eine internationale Geberplattform, die Transparenz bei der Verwendung der Hilfen garantiert. Schon am 14. Juni – nach dem Bruch des Kachovka-Staudamms – hatte die EU 500 000 EUR für humanitäre Sofortmaßnahmen an die Ukraine frei gegeben und dies später um die Lieferung von 500 Generatoren ergänzt.

Gegenüber Russland einigte sich der Rat der Europäischen Union am 23. Juni 2023 auf ein [11. Sanktionspaket](#) mit dem Ziel, die Umgehung bereits bestehender restriktiver Maßnahmen über Drittstaaten zu verhindern. Dafür wurde das Instrumentarium der EU erweitert durch Exportbeschränkungen gegen Staaten und Einzelunternehmen; zudem wurden der Transit für kritische Güter über Russland in Drittländer eingeschränkt und Vermögenswerte von 100 Personen und Organisationen eingefroren. DR. THOMAS LEEB

EU-Kommission schlägt neue Lateinamerika-Strategie vor

Am 7. Juni 2023 legte die EU-Kommission eine [neue Strategie](#) für die Beziehungen zu Lateinamerika vor. Die „Neue Agenda zur Stärkung der Partnerschaft der EU mit Lateinamerika und der Karibik“ sieht neben engerem und regelmäßigerem politischem Austausch, einer stärkeren Handelsagenda (insb. Mercosur, Chile, Mexiko) auch eine Global-Gateway-Investitionsstrategie für die Region vor. Zudem sollen die Kooperation im Bereich Justiz und Bekämpfung organisierter Kriminalität sowie die zwischenmenschlichen Kontakte ausgebaut werden. Beim [Gipfel](#) zwischen EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) am 17. und 18. Juli 2023 werden beide Seiten Gelegenheit haben, sich über die künftigen Beziehungen auszutauschen. Weitere Informationen können im [HSS-Internetartikel](#) nachgelesen werden.

Zudem reiste Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen von 12. bis 15. Juni nach Brasilien, Argentinien, Chile und Mexiko, wo sie Gespräche auf höchster politischer Ebene führte. Dabei standen das EU-Mercosur-Abkommen, die Stärkung nachhaltiger Wertschöpfungsketten sowie Investitionen im Rahmen von Global Gateway im Zentrum. Beispielsweise soll mit Chile ein Fonds i.H.v. 225 Millionen EUR für erneuerbaren Wasserstoff aufgelegt werden. DIETRICH JOHN

EU und Kenia: Abschluss eines ehrgeizigen Wirtschaftspartnerschaftsabkommens

Am 19. Juni 2023 haben die EU und Kenia die Verhandlungen über ein [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen](#) abgeschlossen. Das Abkommen soll den Warenhandel ankurbeln, neue wirtschaftliche Möglichkeiten schaffen und die wirtschaftliche Entwicklung Kenias unterstützen. Bestimmungen zur Nachhaltigkeit und Arbeitnehmerrechten sind die ehrgeizigsten, die je in einem EU-Handelsabkommen mit einem Entwicklungsland geschlossen wurden. Handelskommissar und Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis spricht von einem historischen Abkommen mit Kenia als wirtschaftlichem

Zentrum Ostafrikas. „Wir sehen nun der raschen Ratifizierung erwartungsvoll entgegen, damit unsere vertiefte Zusammenarbeit Wirklichkeit werden kann.“ MICHELLE WIESNER

Zweites hochrangiges Treffen EU-Zentralasien

Am 2. Juni 2023 fand das zweite hochrangige [Treffen EU-Zentralasien](#) in Kirgisistan statt. Die Präsidenten der fünf zentralasiatischen Staaten und EU-Ratspräsident Charles Michel tauschten sich dabei über die laufende Zusammenarbeit und internationale Entwicklungen, darunter in Afghanistan, aus. Die EU-Zentralasien-Kooperation hat sich in letzter Zeit intensiviert und erfolgt bereits im Rahmen zahlreicher Formate, etwa das gemeinsame [Wirtschaftsforum](#) (Mai 2023), das Zivilgesellschaftsforum (März 2023), die Konferenz über Umwelt und Wasser-Ressourcen (Februar 2023), oder die [Konnektivitätskonferenz](#) (November 2022). Beim nächsten Treffen auf Ministerebene soll eine gemeinsame Roadmap im Hinblick auf die Fortgestaltung der Beziehungen beschlossen werden. DIETRICH JOHN

EU richtet siebte Syrien-Konferenz in Brüssel aus

Am 14. und 15. Juni 2023 fand in Brüssel die von der EU ausgerichtete 7. Konferenz zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region statt. Während der hochrangigen Ministertagung tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter von 57 Ländern (einschl. der 27 EU-Mitgliedstaaten) und 30 internationalen Organisationen, insbesondere aus den Vereinten Nationen, aus.

Insgesamt wollen die internationalen Partner Mittel in Höhe von insgesamt 5,6 Mrd. EUR bereitstellen, davon 4,6 Mrd. EUR für 2023 und 1 Mrd. EUR für 2024. Die Gelder sollen den Menschen in Syrien und den Nachbarländern zugutekommen, insbesondere im Kontext der Bedürfnisse syrischer Flüchtlinge und ihrer Aufnahmegemeinschaften und der verschärften Lage seit dem Erdbeben im Februar. Die Konferenz ist im Jahr 2023 die wichtigste Geberveranstaltung für Syrien und die Region.

DIETRICH JOHN

Partnerschaftspaket mit Tunesien

Am 11. Juni 2023 traf EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Begleitung der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte den tunesischen Präsidenten Kais Saied in Tunis. Dabei stellten beide Seiten die Arbeit an einem [gemeinsamen Partnerschaftspaket](#) in Aussicht. Dieses soll die Kooperation stärken in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Investitionen und Handel, Energie, Migration und zwischenmenschliche Kontakte.

Die EU erwägt die Bereitstellung von 900 Mio. EUR an Makrofinanzhilfen, direkte Budget-Hilfen i.H.v. 150 Mio. EUR sowie finanzielle Hilfen für den Bereich Migration i.H.v. 105 Mio. EUR. Auch verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien sind angedacht. Wichtigstes Anliegen der EU sind bessere Grenzkontrollen und Maßnahmen gegen Menschen schmuggel seitens Tunesiens sowie steigender Wohlstand und Stabilität in ihrer südlichen Nachbarschaft. [Laut von der Leyen](#) soll auf der politischen Ebene der Austausch intensiviert werden, insbesondere noch in diesem Jahr durch einen EU-Tunesien-Assoziationsrat. DIETRICH JOHN

EU-Außenbeauftragter in Ägypten

Von 17. bis 19. Juni 2023 [besuchte](#) der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell Ägypten, um Gespräche u.a. mit dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah Al Sisi sowie dem Außenminister Sameh Shoukry zu führen. Dabei wurden die aktuellen bilateralen Beziehungen und die [Zusammenarbeit](#) zwischen

der EU und der Liga der Arabischen Staaten diskutiert. Weitere Themen umfassten gemeinsame globale und regionale Herausforderungen wie die negativen Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine auf die weltweite Nahrungsmittel- und Energiesicherheit, den Konflikt im Sudan, die Entwicklungen zwischen Israel und Palästina, die Lage in Libyen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Terrorismusbekämpfung, Wassersicherheit und Migration. DIETRICH JOHN

Kurzmeldungen DANIELA SANCHEZ DÜBBEL

Die EU [bedauert](#) die Unterzeichnung des Anti-Homosexualitätsgesetzes durch den ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni, das drakonische Strafen, einschließlich der Todesstrafe, vorsieht. Der Europaabgeordnete Tomas Tobé fordert die EU in einem [Brief](#) auf, eine klare Botschaft zu senden und alle verfügbaren Instrumente einzusetzen, um gegen die Diskriminierung von LGBTIQ-Personen vorzugehen und Menschenrechtsverteidiger in Uganda zu unterstützen.

Das Europäische Parlament verurteilt den anhaltenden Konflikt zwischen dem Sudanesischen Militär und der Rapid Support Force und fordert ein Ende der Gewalt in einer [Resolution](#) am 15. Juni 2023. Die Abgeordneten kritisieren die zahlreichen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die Rekrutierung von Kindern und die gezielten Angriffe auf Zivilisten. Die Resolution des Europäischen Parlamentes fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen im Sudan mit Hilfe des EU-Sanktionsregimes für Verstöße gegen globale Menschenrechte zu bestrafen.

Die EU [stellte](#) am 14. Juni 2023 zusätzliche 100.000 EUR Hilfgelder zur Unterstützung der Opfer des Wirbelsturms Mocha in Myanmar bereit. Insgesamt wurden 2,5 Mio. EUR für Nothilfemaßnahmen bereitgestellt. Über 37.000 Menschen werden von dieser zusätzlichen Hilfe in den am stärksten betroffenen Gebieten profitieren.

Dr. Thomas Leeb, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Unter Mitarbeit von **Dietrich John**, **Daniela Sanchez Dübbel**, **Michelle Wiesner**

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: brussels@hss.de

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).
Melden Sie sich für unseren [Veranstaltungsverteiler](#) an.